

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Damen und Herren Stadtverordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

der diesjährige Haushalt sieht auf den ersten Blick ungewohnt gut aus: Der Ergebnishaushalt ist knapp positiv, nach tiefroten Zahlen in den letzten Jahren. Auch der mittelfristige Ausblick verspricht eine schwarze Null. Im Finanzhaushalt nehmen die liquiden Mittel zwar ab, es werden aber weder in diesem Jahr noch in den folgenden Jahren Kredite für Investitionen oder gar Kassenkredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit benötigt.

Aus diesem Blickwinkel sollte eine Zustimmung zum diesjährigen Haushalt kaum zu verwehren sein.

Beim genauen Hinschauen jedoch verzerren Sondereffekte das Bild:

Im Haushalt sind hohe Einnahmen durch den Verkauf von Grundstücken enthalten. Die beiden Baugebiete sind mittelfristig die letzten und der so erreichte Haushaltsausgleich ist nicht nachhaltig, sondern nur der bekannte Einmaleffekt, der sich für das Wahljahr 2014 unter größeren Anstrengungen eventuell wiederholen lässt.

Der von Herrn Bürgermeister Borgmann eingebrachte Haushalt ist daher schon auf die Kommunalwahl 2014 ausgerichtet.

Vorübergehend ist auch die aktuelle konjunkturelle Lage: Die Steuern befinden sich zwar auf einem Allzeithoch, dies wird aber nicht so bleiben. Auch die Zuweisungen vom Land bleiben absehbar wohl kaum so hoch: Der Fiskalpakt wird das Land NRW zum Sparen zwingen und natürlich werden die Kommunen dabei nicht verschont werden. Auch eine erfolgreiche Verfassungsklage wird nicht dazu führen, dass sich morgen ein Geldsegen über Lüdinghausen ergießen wird.

Möglich ist auch, dass es im Zuge der Verfassungsklage zu einem Systembruch kommen wird, der nicht zwingend zu einer Besserstellung der Kommunen des ländlichen Raumes führen muss. Aber all das sind nicht gesicherte Erkenntnisse, sondern nur Vermutungen, daher sollten wir uns in Lüdinghausen an die Realität halten.

Meine Damen und Herren,

die in diesem Jahr sprudelnden Einnahmen trügen, denn sie sind nicht von Dauer. Das ist nicht nur dem erheblichen, strukturellen Defizit geschuldet, vor dem die Stadt und Teile der Politik die Augen verschliessen. Wenn Verwaltung, CDU und FDP sich für ihre scheinbar erfolgreichen „Konsolidierungsbemühungen“ loben, vergessen sie, dass in den letzten Jahren strukturell nicht mal ein Cent eingespart wurde:

Die Bürger wurden mit höheren Steuern und Gebühren belastet, die Verwaltung musste bei den Sachausgaben einmalig 5% einsparen. Die Einnahmeseite hat man also erhöht, aber die stadteigenen Hausaufgaben im Kampf gegen das strukturelle Defizit nicht gemacht. So steigen die Personalausgaben kontinuierlich an, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erreichen ein neues Allzeithoch.

Im Finanzhaushalt dokumentieren die hohen Einzahlungen die eingeplanten Grundstücksverkäufe. Leider vermag die Stadt nicht, von diesem Geld etwas anzusparen, sondern ist durch die vielen geplanten Investitionen sogar dazu gezwungen, ihre liquiden Mittel weiter zu reduzieren. Während die Einzahlungen hier aber nur einmalig sind, haben wir uns in den letzten Jahren an ein konstant hohes Investitionsniveau gewöhnt. Offen bleibt wie die anstehenden Investitionen finanziert werden sollen.

Der Ausblick 2014-2016 zeigt zwar einen konstanten Bestand von Liquidität, dass liegt aber an der Unehrlichkeit des Ausblicks. Der Bürgermeister umgeht es, unvermeidlich anstehende Kosten in den vorliegenden Haushalt aufzunehmen.

Meine Damen und Herrn,

die im vergangenen Jahr mit aller Macht herbeigeführte Entscheidung über die Zukunft unserer Schullandschaft hat einigen hier in Rat und Verwaltung sehr schmerzlich vor Augen geführt, was es bedeutet, wenn die wichtigsten Beteiligten im Entscheidungsprozess nicht mit genommen werden: Die Schülerinnen und Schüler und damit ganz besonders die Eltern haben hier ein gewichtiges Wort mit zu reden. Eine Entscheidung, die nicht die Eltern und Schüler mit einbezieht, ist nicht möglich und das ist, wie wir finden, richtig. Die UWG begrüßt die schnelle Reaktion der Verwaltung auf den Evaluierungsauftrag des Rates vom Dezember letzten Jahres. Wir werden nun in Lüdinghausen einen schwierigen und langen Weg beschreiten, den es aber lohnt zu gehen. Am Ende erhoffen wir eine Lösung, die im breiten Konsens von der Bevölkerung mit getragen wird. Aber auch die finanziellen Aspekte müssen wir im Blick haben: Eine Lösung, die sich vorrangig an den finanziellen Aspekten orientiert, darf es nicht geben. Das sind wir dem Schulstandort Lüdinghausen und unseren Kindern schuldig. Natürlich wird zu den Erweiterungs- oder Neubauten noch ein erheblicher Bedarf an Schulsporthallen hinzukommen. Eine Gesamtschullösung würde am Standort Tüllinghofer Straße zusätzlich 2,5 Hallen erforderlich machen. Vielleicht schaffen wir es aber nun gemeinsam, die beste Lösung für unsere Schulen zu erreichen

Meine Damen und Herrn,

die Sanierung des Hauses Westerholt ist in Augen vieler eine richtige und vernünftige Entscheidung. Tatsächlich erhalten wir damit ein Haus mit dem Charme des 20. Jahrhunderts als Hort des musikalischen Lebens. Diese Entscheidung fällt um so leichter, wenn es wie jetzt der finanzielle Spielraum der Stadt ermöglicht.

Allerdings werden folgende Aspekte ausgeblendet:

1. Die beschlossenen Baumaßnahmen sind keine Sanierung, sondern es werden nur Auflagen des Brandschutzes baulich umgesetzt, um die öffentliche Nutzung zu

ermöglichen.

2. Der Kostenrahmen von 1,2 Millionen Euro wird nur schwer einzuhalten sein.

Gerade bei einem solchen Bauwerk werden wir vor unliebsamen Überraschungen nicht verschont bleiben.

3. In wenigen Jahren werden wir über ein umfangreiches, Bestand erhaltendes Sanierungskonzept für das Haus Westerholt diskutiert müssen.

Damit verschieben wir die unausweichliche Sanierung nur ein paar Jahre in die Zukunft. Wie dann die finanzielle Situation der Stadt aussieht, vermag jetzt niemand zu sagen.

Wäre es jedoch im Rahmen des von der UWG angeregten Kultur-Raum-Konzeptes zu dem Ergebnis gekommen, dass das Haus Westerholt erhaltenswert ist, dann hätten wir einer umfangreichen Sanierung zugestimmt. Was wir jetzt machen ist weniger als Stückwerk, die eigentliche Sanierung ist nur aufgeschoben. Als vorgezogenes Wahlgeschenk eignen sich die baulichen Maßnahmen jedoch vorzüglich.

Meine Damen und Herrn,

die Absichtserklärung der Sportministerin zur Leistungssporthalle sind nichts anderes als nette Worte ohne rechtlichen Anspruch auf eine Förderung. Damit werden alle Planungen in Lüdinghausen für den Sporthallenbedarf auf die Geduldsprobe gestellt. Alle Räder stehen nun still und wir warten gespannt auf das Jahr 2015.

Was passiert bis dahin ??? Nun, es wird keine ausreichenden Hallenkapazitäten für die nächsten fünf Jahre geben. Der Sanierungsstau in den übrigen, teilweise abgängigen Hallen wird fortbestehen und sogar weiter ansteigen. Folglich werden wir uns sehr bald Gedanken über konkrete Sanierungsmaßnahmen machen müssen und diese Kosten in den Haushalt einstellen. Diese Sanierungen werden Geld kosten, dass wir eigentlich durch den Neubau sparen wollten, nun aber zusätzlich den Haushalt belasten wird. Eine eventuelle Förderzusage wird zeitlich sehr eng mit der

Entscheidung über die weitere Schulentwicklung zusammen fallen. Es ist schon jetzt absehbar, dass es weiteren Bedarf an Schulsporthallen geben wird. Dies wird mit der Frage einhergehen an welcher Stelle dann diese Schulsporthalle gebaut werden soll. Im ungünstigsten Fall haben wir dann eine Leistungssporthalle, die für den zusätzlich notwendigen Bedarf der Schulen nicht zur Verfügung steht, zu groß dimensioniert gebaut wurde und eventuell sogar noch an der falschen Stelle steht. Ob dann noch Geld für den Bau von zwingend notwendigen Sporthallen vorhanden sein wird, darf schon jetzt ernsthaft bezweifelt werden. Erst müssen genügend Kapazitäten für die Schulen vorhanden sein, bevor über den Luxus einer Leistungssporthalle nachgedacht werden kann.

Die Landesregierung schafft es selbst unter scheinbar großen Anstrengungen nicht den Haushalt zu konsolidieren, wer glaubt denn ernsthaft daran, dass so kurz vor Inkrafttreten der Schuldenbremse für das Land NRW im Jahre 2015 Geld für derartigen Luxus vorhanden sein wird ??

Insofern ist das Vertrösten der Sportministerin das denkbar schlechteste Ergebnis, eine klare Absage hätte Planungssicherheit geschaffen, dieses herum lavieren weckt nur Hoffnungen bei den Bürgern und in den Vereinen, die niemand erfüllen kann. Hinzu kommen weitere Kostensteigerungen bis zum möglichen Baubeginn.

Sehr geehrte Damen und Herrn,
im Jahr 2011 habe ich an dieser Stelle gesagt, dass es ungewiss ist, wohin das Schiff Hallenbad fahren wird. Heute sind wir in unserer Erkenntnis einen großen Schritt weiter: Das Hallenbad sitzt schon auf dem Riff und niemand will es bemerkt haben. Ich erinnere, dass seit dem Beginn des Jahres 2011 der marode Zustand des Hallenbades bekannt ist. Es dauert fast auf den Tag genau zwei Jahre bis Gutachter die Schäden und die Kosten ermittelt haben. Die erste Sanierung hat neun Millionen Euro verschlungen und nur wenige Jahre nach der Wiederinbetriebnahme sind erneut Sanierungskosten in mehrfacher Millionenhöhe notwendig.

Man hat sich bislang gesträubt eine offene Diskussion über das Bad zu führen.

Vermutlich weil dann viele Fehler seitens der Ratsfraktionen und der Verwaltung eingestanden werden müssten. Dann wäre es offensichtlich, dass das Lieblingsprojekt des Bürgermeisters endgültig gescheitert ist. Wir fordern eine öffentliche Diskussion über die Zukunft des Bades, alle Optionen müssen auf den Tisch und selbst eine Schließung und der Abriss des Bades dürfen kein Tabu mehr sein.

Der Stadt Lüdinghausen steht ein langjähriger Rechtsstreit mit ungewissem Ausgang bevor. Die Aussicht, die Sanierungskosten vollständig ersetzt zu bekommen, sind ungewiss und auf Grund der Erfahrungen mit solchen Verfahren ist mit Geldmitteln erst mit erheblichem zeitlichen Verzug zu rechnen. Dieses Geld wird vermutlich viel eher benötigt, um den Verfall des Bades auf zu halten. Das am Anfang viel gelobte Public-Private-Partnership hat sich als eine nicht enden wollende Aneinanderreihung von Pleiten, Pech und Pannen erwiesen. Es ist den Bürgern nicht zu vermitteln, dass sie wiederum Millionen in die Sanierung stecken sollen. Stattdessen stellen sich die Bürger zu Recht die Frage, wie oft sich die Stadt noch über den Tisch ziehen lassen will. Wie oft will man noch den Verheißungen und Versprechungen von Banken, Gutachtern, Unternehmern und Rechtsanwälten Glauben schenken??

Die Antwort lautet: Bis nach der Kommunalwahl oder sogar bis nach der Bürgermeisterwahl, weil niemand sich traut die Wahrheit auszusprechen und Fehler einzugestehen.

Mit mehr als 1,3 Millionen Euro erreichen wir in diesem Jahr einen erneuten Höchststand bei den Gesamtkosten für das Bad. Eine weitere Steigerung im nächsten Jahr, wenn die Sanierungskosten auflaufen, ist unausweichlich.

Für die UWG steht es außer Zweifel, dass die Stadt Lüdinghausen als Schulstandort über eine Möglichkeit des Schulschwimmens verfügen sollte. Wir fordern die Verwaltung und die anderen Ratsfraktionen auf, nicht länger die Augen vor der Realität zu verschließen, sondern konstruktiv nach anderen Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Unsere Geduld mit dem Hallenbad ist zu Ende.

Meine Damen und Herrn,

all diese Risiken, wie Schulsporthallen, Haus Westerholt, Schulentwicklung und Hallenbadsanierung, führen zu einer nicht budgetierten Summe von circa 10 Millionen Euro in zukünftigen Haushalten.

Geld das wir weder jetzt noch morgen haben. Damit droht eine erneute Schuldenaufnahme. Diese Schulden werden zukünftig den Ergebnishaushalt zusätzlich belasten: Schuldzins sowie Abschreibung allein auf diese nicht einkalkulierten, aber mit Sicherheit anstehenden Investitionen, belaufen sich auf jährlich 600.000€. Das bedeutet eine weitere strukturelle Belastung für die Ergebnishaushalte der nächsten 50 Jahre.

Solide Finanzpolitik sieht anders aus, und eine erfolgreiche Konsolidierung erst recht. Die derzeitige Höhe der Einnahmen im Haushaltsentwurf ist nicht nachhaltig, ein Großteil der Kosten jedoch schon. Einmalige Erträge aus dem Verkauf von Tafelsilber werden nicht auf die hohe Kante gelegt, sondern dienen zur Finanzierung der laufenden Ausgaben bzw. Investitionen. Der mittelfristige Ausblick ist unseriös und beschönigt die finanzielle Lage der Stadt.

Der vorliegende Haushaltsentwurf basiert auf glücklichen Einmaleffekten, blendet zu viele finanzielle Risiken aus, womit die Probleme der Stadt nicht angegangen, sondern in die Zukunft verschoben werden.

Davon lässt sich die UWG nicht täuschen, deshalb lehnen wir den Haushalt ab.